Calwer Tagblatt

Nr. 92. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile Mk. 1.50 Reklamen Mk 4.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Freitag, den 21. April 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 33.— vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 33.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Während die Franzosen noch auf dem Standpunkt verharren, daß der deutsch-russische Vertrag annulliert werden müsse, weil er gegen den „Geist von Genua" und wahrscheinlich auch gegen die Versailler Bedingungen verstoße, und während in fast ausnahmslos der gesamten Ententepresse Deutschland wieder in schamlosester Weise verdächtigt wird, hat Lloyd George den Journalisten gestern Erklärungen zur Lage abgegeben, wobei er sich sehr optimistisch über den „Zwischenfall" ausdrückte. Lloyd George meint, wenn die Deutschen jetzt von den Verhandlungen mit Rußland wegbleiben, so könne die Konferenz fortgeführt werden. Merkwürdigerweise ist jetzt auch Frankreich dafür, daß nicht mehr allein zwischen den Alliierten und Rußland verhandelt wird, sondern daß auch die Neutralen zugelassen werden.

*

Die deutsche Antwort soll heute übergeben werden. Wie man hört, soll sie sich gegen den Vorwurf der Hinterlistigkeit verwahren, auch das Ansinnen einer Annullierung des deutsch-russischen Vertrags ablehnen, sich jedoch schließlich damit einverstanden erklären, daß die deutsche Abordnung an den Beratungen über die Punkte der russischen Frage nicht teilnimmt, die Gegenstand des Vertrages sind. Im übrigen scheinen Besprechungen mit Vertretern der Entente vorauszugehen, nach denen der Charakter der Note gehalten sein wird. Eine Verschärfung des Konflikts ist daher voraussichtlich in diesem Falle nicht zu gewärtigen.

*

Im Reichspostministerium haben gestern die Beratungen über die angekündigte weitere Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren stattgefunden.

Genua.

Um den deutsch-russischen Vertrag.

Der voraussichtliche Inhalt der deutschen Antwortnote.

Berlin, 21. April. Wie die Blätter aus Genua melden, wird die deutsche Antwortnote heute morgen den Alliierten überreicht werden. In der Note wird Verwahrung eingelegt gegen den Vorwurf der Heimlichkeit und der Illoyalität bei dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrags. Die Note betont, daß Deutschland auf die Teilnahme an den Verhandlungen des politischen Unterausschusses über die Regelung der russischen Frage soweit verzichte, als die durch den deutsch-russischen Vertrag für Deutschland bereits geregelten Punkte erörtert werden. Bei jeder Frage, die über den Bereich des Abkommens hinausgehe, werde Deutschland nach wie vor mitarbeiten. **Von einer Revision oder gar einer Annullierung des deutsch-russischen Vertrags könne keine Rede sein.**

Die deutsche Abordnung einig.

Berlin, 20. April. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die geflissentlich verbreitete Meldung von Uneinigkeiten in der deutschen Delegation falsch. Die Delegation ist vollkommen einig. Die Verhandlungen über eine Einrenkung der Situation gehen weiter. **Eine Zurückziehung des deutsch-russischen Vertrags kommt nicht in Frage. Hierin sind wir mit den Russen einig.**

Berlin, 21. April. Nach der „B. Z. am Mittag" ist die deutsche Delegation in Genua heute vormittag zur Feststellung des Antworttextes zusammengetreten, die bis zum Nachmittag dauern wird. Die Aushändigung an die Alliierten und an die Presse kann erst gegen Abend erfolgen. — Der amerikanische Beobachter auf der Konferenz von Genua, Botschafter Child aus Rom wird heute abend bei Rathenau und der deutschen Delegation in Nervi zu Gast sein.

Gegen die Lügenpropaganda der Entente.

Berlin, 20. April. (Amtlich.) Pariser Blätter stellen die Behauptung auf, die deutsche Regierung habe etwa 12 000 Mann Stoßtruppen nach dem Ruhrgebiet abgehen lassen und in Oberschlesien kündige sie an, daß sie bereit sei zum Widerstand. Diese Nachricht ist in allen Teilen erfunden. Irgend eine Verschiebung von Teilen der Reichswehr oder von Polizeikräften hat nicht stattgefunden. Ebenso unverständlich und aus der Luft gegriffen ist die Behauptung von einem beabsichtigten Widerstand in Oberschlesien. Die ausländischen Pressemeldungen von Uneinigkeit in der deutschen Delegation in Genua sind gleichfalls falsch. Die Delegation ist vollkommen einig.

Berlin, 20. April. Der „Daily Telegraph" verbreitete gestern eine Meldung über eine deutsch-russische Militärkonvention. Diese Nachricht zeigt wiederum, mit welch großen Mitteln der Stimmungsmache auf der Gegenseite gearbeitet wird. Die Behauptung einer deutsch-russischen Militärkonvention ist von deutscher amtlicher Seite bereits als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet worden.

Berlin, 20. April. Zu der Behauptung des „Daily Telegraph" es stände die Unterzeichnung einer deutsch-russischen Konvention bevor, wird von zuständiger Seite gesagt, daß der mitgeteilte Text des deutsch-russischen Vertrags vollständig ist. Es gibt dazu weder Geheimklauseln noch Geheimabkommen. Von einem Militärbündnis ist keine Rede. Der englische Bericht ist in vollem Umfange erfunden.

Ein russisches Memorandum in Vorbereitung.

Berlin, 21. April. Ueber den Inhalt des russischen Memorandums, das den Alliierten heute übergeben werden soll, erfährt das „Tageblatt" folgende Einzelheiten: Das Memorandum zählt alle Schäden auf, die Rußland durch den von den Alliierten unterstützten Bürgerkrieg und durch die Blockade erlitten hat. Insbesondere wird auf den Verlust Bessarabiens und auf die Verwüstungen im Gebiete von Archangelsk hingewiesen. Das Memorandum meldet den Anspruch auf die Vergütung dieser Schäden an. Rußland gibt jedoch andererseits die Verpflichtung zu, seine Vorkriegsschulden zu bezahlen, verlangt aber zu diesem Zweck ein Moratorium und Kredite.

Lloyd George über den „Zwischenfall".

Genua, 21. April. (Spezialbericht des WTB.) Für gestern nachmittag waren die in Genua anwesenden Pressevertreter aller Länder eingeladen worden, um eine Erklärung Lloyd Georges entgegenzunehmen. Der englische Premierminister sagte hierbei u. a.: Die Konferenz ist noch am Leben und an der Arbeit. Der durch den Abschluß des deutsch-russischen Vertrags herbeigeführte Zwischenfall ist, wie ich hoffe, erledigt und wird keine ferneren Schwierigkeiten mehr machen. Es gibt für die Deutschen meines Erachtens vielleicht 2 Möglichkeiten, entweder auf den Vertrag zu verzichten, oder an den Sitzungen der ersten Kommission nicht mehr teilzunehmen. Ich glaube zu wissen, daß die Deutschen zu letzterem bereit sind. Die Note an die deutsche Delegation war meiner Ansicht nach vollauf berechtigt (?) u. ich hoffe, daß sie eine ausgezeichnete Wirkung auf den künftigen Verlauf der Konferenz ausüben wird. Wenn auch die Gefahr einer verhängnisvollen Störung der Konferenz groß gewesen ist, so ist doch keine Rede davon, daß die Russen und die Deutschen den Vertragsabschluß in der Absicht vollzogen haben, die Konferenz zu Fall zu bringen. Ueber diesen Punkt darf kein Mißverständnis bestehen. — Zu den Verhandlungen mit Rußland sagte Lloyd George: Ich hoffe, daß heute die russische Antwort einlaufen wird und ich wrde sehr erstaunt sein, wenn sie nicht so lautete, daß sie die Fortsetzung der Konferenz rechtfertigt. Morgen wird die politische Kommission zusammentreten, um die russische Antwort zu prüfen. Ich hoffe, die Konferenz wird zu einem vollen Erfolg führen und zur Pazifizierung Europas und zur Wiederherstellung des zerstörten Kontinent beitragen. Lloyd George schloß: Ich hoffe, daß die Konferenz zu dem Pakt führen wird, wie ihn die Canner Beschlüsse vorsehen, einem Pakt, in dem sich die Nationen verpflichten, sich jeder aggressiven Haltung zu enthalten. — Auf die Frage, wer die Feinde der Konferenz seien, erwiderte Lloyd George: Die Leute, die den Haß in Permanenz erklären und sich über Konflikte zwischen den Nationen freuen. Solange Deutschland und Rußland außerhalb des Völkerbunds stehen, ist kein wahrer Weltfriede möglich. Er sei überzeugt, daß die Konferenz zur Wiederherstellung der europäischen Harmonie beitragen werden.

Die Konferenz nicht gefährdet.

London, 20. April. Nach einer Reutermeldung aus Genua berechtigt keinerlei Grund zu der Annahme, daß die Verhandlungen der Genueser Konferenz abgebrochen werden. Eine hervorragende Persönlichkeit habe erklärt, die Konferenz müsse zum Ziel geführt werden.

Poincaré verlangt Aufhebung des Vertrags.

Paris, 20. April. Wie „Havas" mitteilt, hat Ministerpräsident Poincaré in der heutigen Sitzung des Kabinettrats Bericht über seinen Schritt bei den Regierungen der alliierten Staaten und der kleinen Entente erstattet. Diesen Regierungen ist eine Note zugegangen, in der sie ersucht werden, sich über eine an Deutschland zu richtende Aufforderung zu verständigen, daß der deutsch-russische Vertrag von Rapallo annulliert werden müsse. Poincaré ist der Ansicht, daß diese Maßnahme durch Verständigung von Regierung zu Regierung beschlossen werden kann, da nach seiner Auffassung die von den deutschen Vertretern begangenen Fehler gewissermaßen über die Kompetenz der Konferenz von Genua hinausgingen. Der Wortlaut der Aufforderung an Deutschland solle von der Botschafterkonferenz auf Anweisung der alliierten Regierungen festgelegt werden. Falls die Annullierung der deutsch-russischen Konvention in Genua nicht zu erreichen wäre, hätten auf diese Weise die Alliierten eine Möglichkeit, sie außerhalb der Konferenz zu erlangen. — Zu dieser neuesten Initiative des französischen Ministerpräsidenten schreibt „Journal des Debats", offensichtlich könne die Frage aufgeworfen werden, ob die französische Regierung nicht auf diese Weise eine Parallelaktion zu derjenigen beginne, die gestern Lloyd George im Einvernehmen mit den alliierten Delegationen in Genua unternommen habe. In amtlichen Kreisen scheine man indessen der Ansicht zu sein, daß selbst für den Fall, daß in Genua die verlangte Annulierung durchgesetzt würde, noch Anlaß gegeben wäre zu einer Prüfung der Frage, ob diese Annullierung aufrichtig und wirksam sei. Eine einfache, obenhin ausgesprochene Formel würde in der Tat nicht genügen. Man stehe vor einem ernsten politischen Problem, das politisch behandelt werden müsse.

Die Reparationskommission und der deutsch-russische Vertrag.

Paris, 21. April. (Havas.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Die Reparationskommission hat ihre Aufmerksamkeit dem in Rapallo am 16. April von Dr. Rathenau als Vertreter der deutschen Regierung und von dem Volkskommissar Tschitscherin als Vertreter der Regierung der Sowjetrepublik unterzeichneten Vertrag zugewandt. Im Laufe der heute abgehaltenen Sitzung hat die Kommission beschlossen: 1. von der Kriegslastenkommission eine offizielle Kopie des Vertrags von Rapallo zu fordern; 2. ihre juristische Abteilung zu beauftragen, sofort und ohne das Eintreffen der erwähnten offiziellen Kopie abzuwarten, die Frage zu prüfen, ob und in welchem Maße der Vertrag von Rapallo die Bestimmungen des Vertrags von Versailles berührt, für den allein die Reparationskommission zuständig ist, insbesondere ob und in welchem Maße der Vertrag von Rapallo den Rechten und Vorrechten der Reparationskommission Abbruch tun kann.

Wie mit den Russen „verhandelt" wird.

Paris, 21. April. Die „Agence Havas" meldet aus Genua: In den Unterredungen Lloyd Georges vor und nach dem gestrigen Frühstück mit den Führern der alliierten Delegationen, denen sich die Vertreter der kleinen Entente angeschlossen hatten, war die Rede von der Wiederaufnahme der im Ausschuß für russische Angelegenheiten infolge des deutsch-russischen Vertrags unterbrochenen Arbeiten. Die Alliierten hatten die russischen Vertreter am Sonnabend verständigt, daß sie die Besprechungen nicht wieder aufnehmen würden, solange sie nicht den ihnen gestellten Bedingungen zustimmten. Die russische Antwort, die gestern übergeben wurde, scheint nun nicht eine vollkommene Ablehnung zu sein. Infolgedessen handelt es sich darum, zu entscheiden, was der Ausschuß für die russischen Angelegenheiten tun wird. Barthou gab an, es könne von offiziellen Besprechungen mit den Vertretern Moskaus nicht die Rede sein. Er fügte hinzu, es sei sehr wünschenswert, die Vertreter der neutralen Staaten nicht mehr von den eingeleiteten Verhandlungen fernzuhalten. Alle alliierten Bevollmächtigten schlossen sich dieser Ansicht des französischen Delegierten an. Es wurde beschlossen, daß der Unterausschuß für die russischen Angelegenheiten heute vormittag eine offiziöse Sitzung abhalten solle, an welcher außer den Bevollmächtigten der 5 einladenden Mächte die Vertreter Schwedens, der Schweiz, Polens und Rumäniens teilnehmen sollen. Die deutschen und die russischen Vertreter werden dazu nicht eingeladen. **Man wird eine ernste Prüfung der russischen Antwort vornehmen und beschließen, ob man die Verhandlungen mit den Sowjetdelegierten fortsetzen soll oder nicht.** Im Laufe des Nachmittags wird dann der gleiche Unterausschuß offiziell mit den Russen zusammenkommen, wenn ihre Zulassung, wie es wahrscheinlich ist, genehmigt wird. — Das heißen die Alliierten auf gleicher Basis verhandeln.

Geltendmachung der Wünsche der internationalen Arbeiterorganisationen.

Berlin, 20 April. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, bringt Jouhaux in der in der Sitzung des ersten Unterausschusses der Wirtschaftskommission gestern überreichten Entschließung des internationalen Gewerkschaftsbundes die Wünsche der Arbeiterschaft der Welt zum Ausdruck. Die Grundlinien für die in Rede stehenden Fragen könnten nicht festgelegt werden, ohne daß die Stimme der Arbeiterschaft zu Wort gekommen sei. Heute wird Krassin sprechen.

Memorandum der ägyptischen Nationalisten an die Konferenz.

Paris, 20. April. „Havas" teilt mit, daß der Führer der Nationalägyptischen Partei und Vorsitzende des Aegyptischen Komitees von Europa, Ali Kamel Bey, an die Mitglieder der Genueser Konferenz und an den Völkerbund ein Memorandum gerichtet habe, in dem die Unabhängigkeit Aegyptens und des ägyptischen Sudans unter folgenden Bedingungen verlangt wird: 1. Bedingungslose und uneingeschränkte Unabhängigkeit Aegyptens einschließlich des Sudans, 2. Internationale Garantie für diese Unabhängigkeit unter Beteiligung zum mindesten der großen Mittelmeermächte. 3. Einverständnis

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aegyptens mit der dauernden tatsächlichen Internationalisierung des Suezkanals. 4. Keinerlei Kontrolle der ägyptischen Finanzen, abgesehen von der öffentlichen Schuld. 5. Falls das Komitee auf die Kapitulationen verzichtet, kann das nur zum Vorteil Aegyptens geschehen. — Die Wiederherstellung des Friedens in Aegypten ist, wie der ägyptische Parteiführer erklärt, abhängig von der Erfüllung dieser Bedingungen.

Deutschland.

Beratung über die neuen Postgebühren.

Berlin, 20. April. Im Reichspostministerium begann heute unter Mitwirkung des Verkehrsbeirats die bereits angekündigte Durchberatung der neuen Post-, Telegramm- und Fernsprechgebühren. Die neuen Gebühren für Briefsendungen, Pakete, Postschecks, sowie die Telegramm- und Fernsprechgebühren sollen anfangs Juni oder Juli in Kraft treten. Nach den neuen Gebührenvorlagen soll die Briefgebühr bis 20 Gr. im Ortsverkehr von 1,25 M. auf 1,00 M. und die Gebühr für Pakete von 15—20 Klg. in der Nahzone von 30 M. auf 25 M. ermäßigt werden. Es sollen kosten: die Postkarte im Fernverkehr 2 M., der Brief im Ortsverkehr von 100—250 Gr. 3 M., der Brief im Fernverkehr bis 20 Gr. 3 M., über 20—100 Gr. 4 M., über 100—250 Gr. 5 M., dienstliche Aktenbriefe über 250—500 Gr. 6 M., Drucksachen von 20—50 Gr. 75 Pfg., über 50—100 Gr. 1,50 M., über 100—250 Gr. 3 M., über 250—500 Gr. 4 M., über 500—1000 Gr. 5 M. Geschäftspapiere bis 250 Gr. 3 M., über 250—500 Gr. 4 M., über 500—1000 Gr. 5 M. Warenproben bis 250 Gr. 3 M., über 250—500 Gr. 4 M., über 500—1000 Gr. 5 M. Mischsendungen bis 250 Gr. 3 M., von 250—500 Gr. 4 M., von 500—1000 Gr. 5 M. Päckchen bis 1 Klg. 6 M. Ferner sollen kosten: Pakete in der Nahzone bis 5 Klg. 7 M., über 5—10 Klg. 14 M., von 10—15 Klg. unverändert 20 M., über 15—20 Klg. 25 M. (anstatt 30 M.). Pakete in der Fernzone bis 5 Klg. 14 M., über 5—10 Klg. 28 M., über 10 bis 15 Klg. 40 M., über 15—20 Klg. 50 M. Der einfache Auslandsbrief bis 20 Gr. wird 6 M. kosten. Die Postscheckgebühr soll betragen für jede durch Ueberweisung auf die Reichsbank und an den Abrechnungsstellen beglichene Auszahlung 1 Fünftel vom Tausend, für jede Barauszahlung, sowie für die Uebersendung eines Schecks 1 vom Tausend. Die Gebühr für Auszahlungen wird auf 10 Pfg. abgerundet. Gewöhnliche Telegramme auf alle Entfernungen sollen 1,50 Mark pro Wort, mindestens 15 M. kosten, im Ortsverkehr jedoch 1 M. pro Wort, mindestens 10 M., Pressetelegramme wie bisher die Hälfte. Die Rohrpostgebühr im Ortsverkehr wird um je 50 Pfg. ermäßigt, im Fernverkehr aber bei Postkarten 6 M., bei Briefen 7 M. betragen. Die in den §§ 3, 4 und 8 des Fernsprechgebührengesetzes bestimmten Gebührensätze sollen um 160 Prozent, statt wie bisher um 80 Prozent erhöht werden. Die Verhandlungen mit dem Verkehrsbeirat über die Gestaltung aller Gebührensätze dauern noch fort. Die dann beschlossenen Gebühren unterliegen später noch der Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags.

Neue Besprechungen über die Anpassung der Beamtenbesoldungen an die Teuerung.

Berlin, 21. April. Heute vormittag haben im Reichsfinanzministerium Besprechungen der einzelnen Besoldungsreferenten über die Frage einer Neuregelung der Beamtengehälter begonnen, da infolge des andauernden Steigens der Indexziffern die Spitzenorganisationen der Beamten mit neuen materiellen Forderungen an die Regierung herantreten werden. An diese Besprechungen wird sich, wie die Blätter hören, eine Zusammenkunft der Finanzminister der Länder anschließen, die wahrscheinlich in Süddeutschland stattfinden wird.

Die interalliierte Kommission gegen den Wucher in Oberschlesien.

Oppeln, 21. April. Wie die interalliierte Kommission in einer amtlichen Mitteilung erklärt, ist die gegenwärtige Teuerung auf wucherische Handlungen der Kaufleute zurückzuführen. Die interalliierte Kommission hat beschlossen, gegen Wucherer und Schieber scharf vorzugehen. Sie hat die Kreiskontrolleure angewiesen, unverzüglich die nötigen Strafmaßnahmen zu ergreifen. Am Schluß der amtlichen Mitteilung wird die Bevölkerung zur Mitarbeit aufgefordert.

*

Der Vorschlag des Reichsverbands der deutschen Industrie über die deutsche Eisenbahnfrage.

In dem kürzlich der Oeffentlichkeit übergebenen Gutachten des Reichsverbandes der deutschen Industrie über die deutsche Eisenbahnfrage gehen die Vorschläge der Sachverständigenkommission dahin, eine gemeinwirtschaftliche Aktiengesellschaft zu schaffen die die Reichseisenbahnen im ganzen übernehmen soll. Als Hauptträger der Gesellschaft denken sich die Sachverständigen die Berufsverbände: Landwirtschaft, Handel, einschließlich Banken, Industrie und Handwerk, außerdem die Gewerkschaften und die Kommunen, letztere zugleich als Vertreter der freien Berufe und Verbraucher. Sie empfehlen ferner, der Beamten- und Arbeiterschaft der Reichseisenbahnen eine Beteiligung an der Gesellschaft zu gweähren. Auch die öffentliche Hand, vertreten durch das Reich und die Länder, wird an dem Unternehmen zu beteiligen sein. Die Gesellschaft muß die Eisenbahnen zu Eigentum übernehmen. Der Gedanke eines Pachtverhältnisses ist nach den Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht worden sind, verworfen worden. Der Kopf der Gesellschaft muß so klein wie möglich sein und darf die freie wirtschaftliche und technische Entwickelung der ihm nachgeordneten Organe nicht hindern. Die richtige Mischung von Zentralisation und Dezentralisation war der leitende Gedanke für die Organisation der Gesellschaft. Die Gesellschaft erhält die Organe jeder Aktiengesellschaft, also Generalversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand. Ihre Rechte und Pflichten werden durch Gesetz und durch einen mit dem Reiche abzuschließenden Vertrag festzulegen sein. Für die Gesellschaft werden ein engerer und ein erweiterter Vorstand vorgeschlagen. Der engere, aus 5 Personen bestehende Vorstand, ist verantwortlich für das Gesamtunternehmen. Im erweiterten Vorstand werden die Tarifpolitik, die Fahrplanfragen, die Baufragen, Personalfragen im allgemeinen, die Organisation, die Bilanzen der Generaldirektionen und die Hauptbilanz der Gesellschaft vor ihrer endgültigen Festlegung behandelt. Sachlich gliedert sich die Hauptverwaltung in die Hauptwirtschaftsabteilung, Hauptbetriebsabteilung, Hauptwerkstättenabteilung und Hauptfinanzabteilung. Die Generaldirektionen sind vollkommen geschlossene, wirtschaftliche Gebilde mit eigener Bilanz. Neben jeder Generaldirektion ist ein Landes- bezw. Bezirkseisenbahnrat als Vertreter der Bezirksinteressen und als wirtschaftlicher Berater gedacht. Die Mitglieder des Landes-(Bezirks-)Eisenbahnrats wählen die Vertreter zum Reichseisenbahnrat. Außerdem wird dem Reichspräsidenten ein Ernennungsrecht zum Reichseisenbahnrat zu geben sein.

Vermischtes.

Die armenischen Mörder gefunden?

Berlin, 20. April. Gestern wurden in Leipzig 2 armenische Studenten verhaftet, die in dem dringenden Verdacht stehen, an dem Attentat auf die beiden jungtürkischen Politiker beteiligt gewesen zu sein. Die beiden Armenier, die in Leipzig bei einem Sprachlehrer Unterricht nehmen, hatten um einen kurzen Urlaub gebeten, um angeblich zu ihren Familien nach Berlin zu reisen. Der Sprachlehrer, der durch Zeitungsmeldungen von der Mordtat erfahren hatte, schöpfte Verdacht und informierte die Kriminalpolizei. Die beiden armenischen Studenten wurden nach ihrer Verhaftung in Leipzig sofort photographiert und ihre Bilder nach Berlin gesandt. Hier stellte die Witwe Talaat Paschas und auch die Witwe des ermordeten Bahir Edi Chakir fest, daß einer der photographierten derjenige Mann war, der die Witwe Talaat Paschas vor der Mordtat zurückriß und dann mehrere Schüsse abgab. Auch die Hausverwalterin des Hauses Uhlandstraße 47, vor dem der Anschlag verübt wurde, stellte das gleiche fest. Die beiden Verhafteten werden morgen nach Berlin übergeführt, um den Angehörigen der Ermordeten gegenübergestellt zu werden. Auch die in Berlin wohnenden Familien der beiden Studenten wurden verhaftet.

Kapps Befinden verschlechtert.

Berlin, 21. April. Wie die „Voss. Ztg." aus Leipzig meldet, ist in dem Befinden Kapps eine weitere Verschlechterung eingetreten, sodaß eine Operation zur Beseitigung einer Geschwulst am Auge ungesäumt vorgenommen werden muß. Die Ueberführung Kapps in ein Krankenhaus ist gestern abend unter Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft vorgenommen worden.

Moskauer Lebensmittelpreise.

Nach amtlichen Angaben betrugen die Moskauer Marktpreise Ende März in 1000 Rubeln für Roggenbrot 90 (d. h. 90 000) das Pfund (gleich 400 Gramm), Weizenbrot 245, Kartoffeln 14,5, Rindfleisch 318, 7, Butter 883,3, Raffinadezucker 621,6, Streuzucker 301, Kaffee 129,1, Heringe 287,5 das Pfund, Milch 56,6 das Viertelliter, Streichhölzer 8,1 die Schachtel. Im Vergleich zum Oktober weisen diese Preise eine Steigerung um das Dreißigfache auf.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 21. April 1922.

Dienstnachrichten.

Ernannt wurde zum Zollassistenten der Zollbetriebsassistent Wahl in Calw.

Der Menschheitsgedanke und das Christentum.

Ueber dieses Thema sprach im Saal des Vereinshauses am Donnerstag abend Prälat Schöll aus Stuttgart in geistvoller, selbständiger und formvollendeter Rede. Er führte in großen Zügen aus: 1. Außerhalb des Christentums hat es einen Menschheitsgedanken überhaupt nicht gegeben. Das Altertum kannte nur den Griechen bezw. Römer als „Menschen" im Gegensatz zum Barbaren, zur Frau und zum Sklaven. Die alten Sprachen haben nicht einmal ein Wort geschaffen für „Menschheit", weil ihnen dieser Begriff fremd war. Das Altertum hatte keinerlei religiösen Unterbau für diesen Gedanken gegeben; die Vielheit der Götter schon hinderte das. Die Gespaltenheit des Gottesglaubens bedingte auch eine Spaltung des Menschengedankens. In der späteren römischen Zeit brachte die philosophische Schule der Stoa in dunkler Ahnung die Gleichheit der Menschheit auf den schönen Satz: „homo homini sacer". (Der Mensch ist dem Menschen heilig). 2. Erst Paulus hat in der im 17. Kapitel der Apostelgeschichte berichteten Rede auf dem Areopag zu Athen die Gedanken festgehalten: Alle Menschen kommen aus einem Blut; alle stehen sie unter einheitlicher göttlicher Leitung; alle müssen auf das letzte große Ziel streben: Gott suchen! Wo der rechte Gottesglaube ist, da ist auch der rechte Menschheitsglaube. Dieser Gedanke stammt aber von einem Größeren, von Christus: „sie werden kommen aus Morgen und aus Abend." Es ist ein durch und durch religiöser Gedanke. 3. Auch der heute so moderne Gedanke der Völkerverbrüderung ist nicht denkbar ohne religiöse Grundlage. Da heutzutage aber diese Grundlage vollkomen weggezogen ist, wird auch wenig dabei herauskommen. Zwar sind die wirtschaftlichen Interessen gewiß gemeinsame, aber sieht man nicht täglich, daß das rein wirtschaftliche Denken doch nur zu einem selbstsüchtigen Rechnen wird, in dem jeder Teil sucht, seine Interessen gegen den andern auszuspielen? Gewiß hat auch die Geisteskultur und die Wissenschaft ihre allgemein bindenden Elemente; aber man hat doch in den letzten Jahren erlebt, wie der Krieg das Tafeltuch unter den Gelehrten entzweigeschnitten hat. Ein Aufbau einer gemeinsamen Völkerwelt wäre eben nur möglich auf dem Grund des Glaubens. 4. Christus selbst hat den Gedanken der werdenden Einheit stark eingeschränkt auf diejenigen, welche Gemeinschaft mit Gott haben. Nirgends ist in der Bibel zu finden, daß die Welt immer gleichartiger und christlicher werde. Im Gegenteil: Die Gegensätze werden immer stärker; und wo das Religiöse fehlt, da gibt es auch keine Gemeinschaft mehr, sondern nur Haß und Zwietracht. „Eine Herde und ein Hirt" ist das letzte Ziel, welchem die dem Geist Gottes offen stehende Menschheit entgegengeführt wird. Alles wahrhaft Große in der Welt ruht in Gott und im Göttlichen. Das gilt für die Völker wie für jeden Einzelnen. Das Letzte, was der Mensch erfahren muß, ist, daß ihm klar werde, daß alles Gute für Leib und Seele nur kommt durch innigen Anschluß an den persönlichen Gott. Wir hätten noch viel mehr Zuhörer diesem geistig hochstehenden Vortrag gewünscht.

Neuordnung des Religionsunterrichts an den höheren Schulen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Auf Grund des Art. 149 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung und die Anpassung an die Bestimmungen, die für die Volksschule, die Lehrerbildungsanstalten und die Erziehungshäuser durch das kleine Schulgesetz vom 17. Mai 1920, die Verfügung des Ministeriums des Kirchen und Schulwesens vom 5. März 1921 und die Bekanntmachung dieses Ministeriums vom 12. August 1921 getroffen worden sind, sowie an das Reichsgesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 war auch der Religionsunterricht für die höheren Schulen neu zu ordnen. Zu dem Zwecke sind die Bestimmungen von 1911, die sich übrigens in der Hauptsache wohl bewährt haben, von der Unterrichtsabteilung und den Oberkirchenbehörden einer sorgfältigen Durchsicht unterzogen und in zweckmäßiegr Weise zusammengefaßt worden. Die neue Regelung, die auf 1. Mai in Kraft tritt, wird demnächst im Amtsblatt des Kultministeriums erscheinen. In der Ministerialverfügung selbst sind zunächst die Voraussetzungen für die Einrichtung von lehrplanmäßigem oder rein kirchlichem Religionsunterricht sowie für die etwaige Einführung werktägiger Schülergottesdienste (außerhalb der Schulzeit) bezeichnet und für die Abmeldung der Schüler wie der Lehrer vom lehrplanmäßigen Religionsunterricht nähere Bestimmungen entsprechend den für die Volksschule erlassenen gegeben. Sodann wird die Verteilung des Religionsunterrichts auf Lehrer u. Geistliche (als nebenamtliche Religionslehrer) sowie die dienstrechtliche Stellung der Religionslehrer im Anschluß an die bewährte bisherige Uebung geregelt. Die weiteren Bestimmungen der Ministerialverfügung sowie die fünf Anlagen befassen sich mit der Stellung des Religionsunterrichts (auch des Konfirmations- und des Erstkommunionunterrichts) im Lehr- und Stundenplan und vor allem mit der Regelung der Aufsicht. Zu einer irgendwie erheblichen Aenderung der Lehrpläne für den Religionsunterricht an den höheren Schulen (von 1912 und 1914) lag für den Augenblick keine Veranlassung vor, eine solche wird im Zusammenhang mit der gesamten Lehrplanarbeit auf Frühjahr 1925 erfolgen müssen.

Anerkennung der deutschen Schule in Amerika.

Wir erhalten folgenden interessanten Ausschnitt aus einer deutschen Zeitung in Philadelphia: Eine Anerkennung für deutschen Unterrichtserfolg. Ein Neffe von Herrn und Frau Otto Benkmann (Walter Aldinger, Sohn des Gewerbeschulrats), 237 S. 8. Str. ist vor ungefähr 3 Monaten aus dem schwäbischen Städtchen Calw herübergekommen. Er hat drüben das Gymnasium besucht, und will nun hier seine Studien fortsetzen. Um in die Zentralhochschule eintreten zu können, mußte er sich einer strengen Prüfung unterziehen. Die gestrengen Herren Professoren wunderten sich höchlichst über seine Fertigkeit im Englischen, Französischen und namentlich auch im Lateinischen. Als einer der Herren Professoren hörte, daß man in Deutschland auch während des Weltkrieges in den Schulen unentwegt englisch und französisch lehrte, da rief er aus: „Yes, Germany was very wise, and we here in the United States were very foolish, to stop the teaching of german." (Ja, Deutschland war sehr klug, und wir hier in den Vereinigten Staaten waren sehr närrisch, mit dem Unterricht im Deutschen aufzuhören.) Der junge Herr hat seine Prüfung glänzend bestanden und wurde sofort in die höchste Klasse der Hochschule aufgenommen.

Das Finanzgericht.

Mit dem 1. April hat das Finanzgericht beim Landesfinanzamt Stuttgart, wie die übrigen 25 Finanzgerichte des Reiches, seine Tätigkeit aufgenommen. Im „Staatsanzeiger" wird näheres über seine Einrichtung u. Tätigkeit mitgeteilt. Als Steuergerichte sind die Finanzgerichte und der Reichsfinanzhof vorgesehen. Sie bilden den Oberbau des Rechtsmittelzuges, der für die Austragung von Streitigkeiten in Reichsbesitz- und Verkehrssteuersachen vorgesehen ist. Die erste Instanz bildet in der Regel das Finanzamt, und zwar bei den Steuern von Einkommen und Vermögen. Sie entscheidet über die Einsprüche, die gegen Steuerfestsetzungen der Finanzämter oder ihrer Hilfsstellen erhoben worden sind. Das Finanzgericht entscheidet über die Berufung und bildet zugleich in bestimmten Fällen die Beschwerdeinstanz. In die Zuständigkeit des Finanzgerichts fallen auf dem Gebiete der Reichssteuern die Besitz- und die Verkehrssteuern, nicht dagegen Zölle und Verbrauchssteuern. Das Finanzgericht in Stuttgart ist für Württemberg und Hohenzollern zuständig. Es gliedert sich in vier Kammern, drei Besitzsteuer- und eine Verkehrssteuerkammer. Letztere umfaßt den gesamten Landesfinanzamtsbezirk. Von den drei Besitzsteuerkammern umfaßt die erste den südlichen Teil des Landes, die zweite den Mittelbezirk und die dritte den Nordbezirk. Das Gericht besteht aus dem Präsidenten und einer Reihe von beamteten Mitgliedern, außerdem 80 ehrenamtlichen Mitgliedern, von denen 38 vom württembergischen Landtag, 2 vom Hohenzollerschen Landesausschuß, je 11 von den Handelskammern und der Landwirtschaftskammer und 8 von den vier Handwerkskammern gewählt sind. 10 Mitglieder hat der württembergische Landtag aus dem Stand der Arbeitnehmer berufen.

Mutmaßliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck macht Fortschritte und bringt die in Süddeutschland noch vorhandenen Störungen allmählich zur Auflösung. Am Samstag und Sonntag ist zunehmende Aufheiterung und Erwärmung, aber sehr kühle Nachttemperatur zu erwarten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Zum Metallarbeiterstreik.

(SCB.) **Stuttgart**, 20. April. (Die Abstimmung der Metallarbeiter.) Nach dem bisher vorliegenden Resultat haben sich die streikenden und ausgesperrten Arbeiter in der württ. Metallindustrie mit gegen 90 Prozent für die Ablehnung des Heidelberger Angebots der Metallindustriellen ausgesprochen.

(SCB.) **Stuttgart**, 20. April. Die im Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands organisierten Metallarbeiter in Stuttgart haben folgende Entschließung gefaßt: Die Mitglieder des Christl. Metallarbeiterverbands, Verwaltungsstelle Stuttgart, billigen die Stellungnahme ihrer Vertreter zu den Streikfragen in der Metallindustrie und bei den Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes. Nachdem die letzten Verhandlungen in Heidelberg gescheitert sind, erwarten wir vom Reichsarbeitsminister einen letzten Vorschlag, der die Grundlinie zu einer Einigung festlegt und geeignet ist, zu einem befriedigenden Abschluß des Kampfes in der süddeutschen Metallindustrie zu führen.

Stuttgart, 21. April. Berliner Blättermeldungen zufolge hat eine erneute Urabstimmung der streikenden Metallarbeiter von Mannheim und Ludwigshafen eine starke Mehrheit für die Fortführung des Streiks ergeben.

(SCB.) **Ebingen**, 20. April. Im Gemeinderat beantragten die Kommunisten nach dem Vorgang in Reutlingen eine Unterstützung der streikenden Metallarbeiter. Der Gemeinderat lehnte die Bereitstellung von Monatsarbeiten ab, stimmte dagegen einer demokratischen Erklärung zu, wonach Holz- und Gasgeld gestundet und den Kindern minderbemittelter Familien Milch kostenlos verabreicht werden soll. — Das Schwimmbadprojekt wurde erneut erörtert und ein Kostenaufwand von 483 000 ℳ für ein größeres Bad bewilligt.

(SCB.) **Ebingen**, 20. April. Das Landgericht Rottweil hat auf Antrag der hiesigen Metallindustriellen ein Urteil gefällt, da die Streikposten den freien Zugang zu den Grundstücken der Metallindustrie, sowie jeden Warenversand aus den vorrätigen Beständen verhinderten. Der Streikleitung wird untersagt, bei Vermeidung von Geldstrafen weiter in der bisher geübten Weise zu verfahren.

(SCB.) **Tuttlingen**, 20. April. Bei der Abstimmung der hiesigen Metallarbeiter über den Heidelberger Schiedsspruch stimmten 1009 Arbeiter mit Nein und 40 mit Ja, was eine Ablehnung mit 98 Proz. aller Stimmen bedeutet.

(SCB.) **Reutlingen**, 20. April. Der Gemeinderat lehnte mit 17 bürgerlichen Stimmen gegen 12 Stimmen der Linken die Anträge der Metallarbeiter betr. Notstandsarbeiten, Milchzuweisung, Gebührenstundung und Sammeln von Leseholz ab.

Gegen die Teuerung.

(SCB.) **Ludwigsburg**, 20. April. Der Gemeinderat hat folgende Eingabe an das Staatsministerium gerichtet: Die Preissteigerung auf allen Gebieten des täglichen Leben erfüllt uns mit größter Besorgnis, da sie unheilvolle Folgen zeitigen muß. Wir bitten dringend um energische Maßnahmen in Land und Reich gegen die Teuerungsursachen, insbesondere gegen die Schieber und Wucherer. — Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, die Frage auch im Württ. Städtetag zur Behandlung zu bringen.

*

Liebenzell, 19. April. In der letzten Sitzung des Gemeinderats war ein Vertreter der Forstdirektion erschienen zwecks Aussprache mit den Vertretern der Gemeinde in Sachen der Holzgerechtigkeit. Unter den Bezugsberechtigten macht sich seit einer Reihe von Jahren ein Unwille bemerkbar, da Holz und Reisig, entgegen den Bestimmungen des Vertrags in z. T. weit abgelegenen Waldteilen zugewiesen werden. Der Vertreter der Forstdirektion führte aus, daß im letzten Jahrzehnt vom Großschlagbetrieb zum Kleinschlagbetrieb übergegangen worden sei, was Unannehmlichkeiten für die Nutzungsberechtigten im Gefolge habe, indem ein größeres Waldgebiet für das Gerechtigkeitsholz herangezogen werden müsse. Es handle sich nun darum, ob die Nutzungsberechtigten geschädigt seien. Dies sei zu verneinen, da die Bezugsberechtigten das ihnen zustehende Holz und Reisig in den nächstgelegenen Waldteilen des Forstbezirks Liebenzell, in welchem Holz gehauen wird, zugewiesen erhalten, d. h. daß nicht etwa aus nahegelegenen Waldteilen Holz oder Wellen verkauft werden, während das Gerechtigkeitsholz aus abgelegenen Waldteilen geliefert wird. Die Anfrage, ob es wohl möglich sei, daß manche Berechtigte auf das Holz gegen eine Geldentschädigung verzichten, wurde verneint. Durch Verzicht eines Teils der Berechtigten würde das zu liefernde Quantum geringer und könnte das kleine Quantum mehr in der Nähe geliefert werden. Nach längerer Aussprache wurde vereinbart, daß Bezugsberichtigten, die auf das Holz verzichten, Gelegenheit geboten werde, Anbruchholz in der Nähe zu erwerben. Sodann soll als Entgegenkommen vorübergehend der Forstbezirk Hirsau zur Lieferung herangezogen werden. — Nachdem die Stelle des städtischen Wegmeisters aufgehoben und die Geschäfte dem Stadtpfleger übertragen wurden, wird letzterer als vollbeschäftigter Beamter anerkannt. — Die Wohnsteuer wird auf 10 ℳ für selbständige männliche Personen und auf 5 ℳ für selbständige Frauenspersonen erhöht. — Einem aus der Mitte des Kollegiums gestellten Antrag, Personen, die in gegenwärtiger Zeit Hunde halten können, nicht als minderbemittelt anzusehen und sie bei etwaiger Zuteilung von Holz, Schuhen, Kleidungsstücken usw. auszuschließen, wird zugestimmt. — Die Fleischbeschau- u. Schlachthausgebühren wurden neu festgesetzt. — Durch den Umbau des hiesigen Elektrizitätswerks wird die Erstellung von 2 Transformatorenhäuschen notwendig. Eines derselben soll an der Fuhrt, das andere in der Nähe der Alexanderstraße erstellt werden. Der Gemeinderat erhebt keine Einwendung.

(SCB.) **Berneck** OA. Nagold, 20. April. Seit eineinhalb Jahren geht hier der Streit um die Stadtschultheißenwahl. Dreimal wurde gewählt und dreimal wurde der Kandidat nicht bestätigt. Nun steht man vor der vierten Wahl. Bei der Bewerbervorstellung am Ostersonntag ließ sich überhaupt kein Kandidat blicken. Die Wahl soll am nächsten Sonntag stattfinden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar gilt 281,50 ℳ, der Schweizer Franken 54,75 Mark.

Die schwindende Kaufkraft des Verbrauchers.

Wie aus Berlin gemeldet wird, macht sich im Lebensmittelgroßhandel ein merkbares Sinken der Preise geltend, das nicht allein auf die Schwankungen am Devisenmarkt, sondern wohl auch auf das Nachlassen der Kaufkraft weitester Volkskreise zurückzuführen ist. So sank, wie die Münch. Neuesten Nachrichten berichten, auf dem Hamburger Butermarkt die Butter um 9,50 ℳ das Pfund; auch in Berlin ist ein Sinken des Butterpreises festzustellen. Auf dem Viehmarkt in Berlin-Friedrichsfelde am letzten Donnerstag waren die Angebote durchweg um 5—6 ℳ niedriger, da sich die Fleischvorräte in den Kühlräumen der Metzger trotz des Festes häuften. Am Donnerstag wurde in Berlin bereits ausländisches Mehl ab Stettin unter der Berliner Notierung angeboten. Im Kleinhandel kann sich der Preisabschlag selbstverständlich noch nicht bemerkbar machen, da man den Kleinhändlern kaum zumuten kann, ihre zu hohen Preisen eingekauften Vorräte mit Verlust abzusetzen. Manche haben die Ergänzung ihrer Vorräte sogar nur unter Zuhilfenahme eines sehr teueren Bankkredits vornehmen können, weil ihnen durch die Wuchergesetzgebung verboten ist, ihre Vorräte zu den Preisen zu verkaufen, zu denen sie sich wieder eindecken müssen. Was ihnen aber damals verboten war, kann man ihnen jetzt nicht vorschreiben.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SCB.) **Stuttgart**, 19. April. Die heutige Effektenbörse zeigt ein etwas freundlicheres Aussehen. Von einigen Ausnahmen abgesehen hielten sich die Kurse auf ihrer gestrigen Höhe. Wenn sich auch die Umsätze heute etwas lebhafter als gestern gestalteten, so übt im großen Ganzen das Publikum doch noch etwas Zurückhaltung aus. Bankwerte kaum verändert. W. Bankanstalt + 1 % (241), Hypothekenbank und W. Vereinsbank gleich gestern (210 und 270), W. Notenbank — 5 % (600). Brauereiwerte auf gestriger Basis gefragt: Brauhaus Ravensburg (475), Eßlinger (310), Rettenmeyer-Tivoli (430), Wulle 445), Zahn Böblingen + 15 % (240). Textilwerte eher etwas schwächer Baumwolle Erlangen — 25 % (1700), Baumwolle Unterhausen (2600), Kammgarn Bietigheim (1680), Kottern (2100) waren unverändert, Kolb u. Schüle — 120 % (2280), Baumwolle Kuchen + 10 % (1550), Ver. Filzfabriken — 10 % (1740), Baumwolle Eßlingen + 25 % (1520), Württ. Kattun unverändert (2800). Maschinen- und Metallwerte notierten: Maschinenfabrik Eßlingen + 4 % (1074), Hesser + 5 % (935), Weingarten + 10 %, (1050), Neckarsulmer — 5 % (810), Daimler — 4 % (535), Feinmechanik Tuttlingen + 10 % (1415), Junghans + 9 % (645), Württ. Metallwaren + 30 % (1500). Die sonstigen Industriewerte lagen uneinheitlich Bad. Anilin — 36 % (840), Cement Heidelberg + 30 % (910), Köln-Rottweiler — 5 % (995), Otto Krumm — 20 % (465), Laupheimer Werkzeug 130 % höher (1100), Salzwerk Heilbronn + 50 % (1500), Stuttgarter Zucker + 5 % (870), Verein. dtsche. Oelfabriken + 20 % 1110), Ziegelwerke Ludwigsburg + 15 % (875). Im freien Verkehr war lebhafteres Geschäft in den Spezialwerten. Die Kurse waren dementsprechend gesteigert. Man hörte: Atlantic 159, Bad Mergentheim 340 G., Benz 640, Böblinger 206/08, Bleicherei Uhingen 1400 G., Ebinger Tricot 278/80, unge 243, Fichtelgold Bergbau 795/98, Geislinger Maschinen junge 370, Germania Linoleum 1550/53, junge 1545/48, Gummiwerke Neckar 275, Hansa Lloyd 330 B. 300 G., Heilbronner Zucker 870/72, Hohenlohe Nährmittel 1390/1, Knorr 1070, junge 1055/57, Lauffener Cement 670/82, junge 670/73, Ludwigsburger Glas 375, C. D. Magirus 710, B. R. 165/55/45, Marswerke 525, Metallätz 1800 G. 1820 B., Optima 214/12/15, Bodi u. Wienenberg 500 G. 508 B., Südd. Büro 238, Südd. Industrie 119 G., Südd. Kokosw. 290 B. junge 210 G., Schloßgarten 106 G. 110 B., Schwäb. Möbel 398, Schwäb. Uhren 155 G., 160 B., Steiger Auto 285/87, Tauberwerke 210 B. 200 G., Ufa 290/88, Württ. Elektr. 360 B., B. P. 70/65, Württ. Hutm. Grothe 160/170 B., Württ. Leinenindustrie 1320 bez. B., Württ. Textil 446 %.

Märkte.

(SCB.) **Freudenstadt**, 20. April. Holzverkauf. Das Forstamt Dornstetten erlöste beim letzten Stammholzverkauf für 1083 Festmeter Fichten und Tannen 466 000 ℳ oder 904 Prozent der Forsttaxe.

(SCB.) **Balingen**, 19. April. Dem Viehmarkt waren zugeführt: 40 Farren, (Preis 18 000—30 000 ℳ), 31 Ochsen und Stierle (Preis: vierteljährige 3800—4000 ℳ, ein halb bis drei vierteljährige 4500—6000 ℳ, 1—1½jährige 6000 bis 8300 ℳ, Zugochsen 12 000—16 000 ℳ), 60 Kühe (Preis 9000—25 000 ℳ), 75 Kalbinnen (12 000—25 000 ℳ), 105 Stück Jungvieh (Preis vierteljährig 4500—5300 ℳ), einhalb bis dreivierteljährig 7200—9000 ℳ, 1—1½jährig 12 000—15 000 ℳ).

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.

Evang. Gottesdienste.

Sonntag Quasimodogeniti, 23. April. Vom Turm: 213.

Hauptgottesdienst 9½ Uhr in der Kirche. Predigtlied: 220, Zwei der Jünger. ¾11 Uhr Sonntagsschule. Donnerstag, 27. April, Ab.- u. Bibelstunde im Vereinshaus.

Katholischer Gottesdienst.

Weißer Sonntag, 23. April. 8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt mit Erstkommunionfeier, 2 Uhr Andacht. Beichtgelegenheit Samstag von 4 Uhr an und Sonntag früh von 7 Uhr an.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 23. April, vorm. ½10 Uhr Predigt, Flößer; 11 Uhr Sonntagsschule; abends 8 Uhr Predigt, Vögele. Mittwoch, 8 Uhr, Bibelstunde, Barth.

Stammheim, vorm. ½10 Uhr Predigt, Vögele; nachm. ½2 Uhr Predigt, Flößer. Mittwoch, 8¼ Uhr Bibelstunde, Flößer.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Lederstraße Nr. 161. **Bezirks-Arbeitsamt** Fernspr. Nr. 109

Offene Stellen für:
1 Bauflaschner
3 j. Dienst- u. Pferdeknechte
1 Hausbursche 18—20 J. alt
2 j. Hilfsarbeiter 16—17 „ „
1 j. Huf- u. Wagenschmied
1 Kutscher 15—17 J. alt
2 Maler
4 j. Mechaniker
1 j. Sattler u. Tapezier
2 Schlosser
1 j. Schneider
1 Viehfütterer
Dienstmädchen für Küche u. Haushalt bei gut. Bezahlung

Offene Lehrstellen für
1 Bierbrauer
1 Flaschner
1 Gärtner
1 Maler
2 Müller
1 Sattler und Tapezier

Calw, den 20. April 1922. Verwalter: Proß.

Englische
Soldatenröcke
garantiert reine Wolle, engl. Feldfarbe, sehr kleidsam u. strapazierfähig, das Stück Mk. 125.— in allen Mannesgrößen, auch für jung Männer im Alter von 14—18 Jahren. Prima engl. wasserdichte, warmgefütterte Soldaten-Röcke, bester Körperschutz bei Regenwetter Preis M. 170.— Diese Röcke sind groß und weit und werden über dem anderen Rock getragen. Versand franko Nachnahme.
Thiele, Köln, Bayardsgasse 2.

Gestern
nachmittag ging vom Marktplatz bis Bahnhof eine Tüte,
Inhalt
weißes Kinderkleidchen
verloren. Gegen Belohnung abzugeben
Alte Apotheke.

Ehrliches, williges
Mädchen
bei guter Bezahlung
für bald gesucht.
Frau Heinr. Rühle, Garnhandlung, Calw.

Landw. Bezirksverein Calw.
Auf Lager sind:
Thomasmehl, Kainit fein gemahlen, | **Kalkstickstoff,**
Ferner:
Mais, Hafermehlmelasse, Kleie, Reisfuttermehl, Koch- u. Viehsalz, | **Saatwicken, Kleegrasmischung, Rotkleesamen, Luzerne.**
Ausgabe Mittwoch und Samstag in unserem Lagerhaus am Bahnhof.
Geschäftsstelle. :-: Fernspr. Nr. 96.

Bedeutendste Zeitung in Württemberg
Stuttgarter Neues Tagblatt
Täglich 2 Ausgaben. Erstes Anzeigenblatt

Ein im Weißnähen bewandertes
Mädchen
für einige Monate zur Aushilfe **gesucht.**
Wo, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Einen jüngeren
Pferdeknecht
sucht bei hohem Lohn und guter Verpflegung.
Joseph Jost, Tiefenbronn /Pforzheim.

Frauenarbeitsschule Calw.
Am Sonntag, den 23. April, vormittags von 11—12 und nachmittags von 2—5 Uhr, sowie am Montag, den 24. April, vormittags von 9—12 und nachmittags von 2—5 Uhr findet im Zeichensaal des Georgenäums eine
Ausstellung von Schülerinnenarbeiten
statt, zu deren Besuch jedermann eingeladen ist.
Am Donnerstag, den 4. Mai beginnt ein
neuer Kurs.
Die angemeldeten Schülerinnen werden ersucht, sich am Dienstag, den 2. Mai nachmittags 3 Uhr in der Frauenarbeitsschule 1. Stock zur Aufnahme einzufinden.
Calw, den 21. April 1922.
Der Vorstand: Stadtschultheiß Göhner.

Auf einen sehr gut geh. Gasth. mit Fremdenpension in bester Lage ein. Jahres-Kurorts werden gegen 1. Hypothek
80 000 Mark
aufzunehmen gesucht.
Angebote unter Sch. 92 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Einen Wurf 5 Wochen alte

Milch-Schweine
verkauft Samstag mittag 1 Uhr
Christian Flik, Althengstett.

Ein Paar schöne

Läuferschweine
unter 3 Paar die Wahl, verkauft, wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Württ. Forstamt Altensteig.
Nadelstamm-Holz-Verkauf.
Am Freitag, 28. April 1922 nachmittags 2 Uhr im „Grünen Baum" in Altensteig aus Staatswald I. Buhlen, III. Grashardt, IV. Nonnenwald, VI. Geiseltann, VII. Schornzhardt, X. Eichhalde 362 Fo mit Fm Langh. 57 I., 181 II., 123 III., 29 IV., 6 V. Kl.; Sägh. 1 I., 6 II., 2 III. Kl. 1000 Fi, 224 Ta mit Fm Langh. 1087 I., 657 II., 276 III., 61 IV., 22 V. Kl.; Sägh 33 I., 26 II., 5 III. Kl. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. H. Stuttgart.

Zu tauschen gesucht:
Gut ausgestattetes
3 Familien-Wohnhaus
(à 4 Zimmer) mit kleinem Garten in Stuttgart Höhenlage Weinsteige gegen guterhaltenes
Wohnhaus
mit Garten in Calw.
Angebote unter A. Z. 89 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Freundliche Einladung
zu den
Evangelisations-Vorträgen
des Herrn Evangelist K. Röder
in der Kirche in Teinach
von Sonntag, 23. April bis Sonntag, 30. April.

Themen für:
Sonntag, den 23. April Nachm. 3 Uhr:
„Wie werden wir des Glaubens gewiß"?
Sonntag, den 23. April Abends ½ 8 Uhr:
„Wo sind die Toten"?

Die Themen für die nächsten Tage werden jeweils am Abend zuvor angegeben.

Außerdem findet vom Montag, den 24. April an
jeden Nachmittag um 3 Uhr
eine
Bibelstunde
statt.
Jedermann ist herzlich eingeladen!

Calw, den 19. April 1922.

Statt besonderer Anzeige!

Heute Abend entschlief sanft im Herrn unsere inniggeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante im 81. Lebensjahr

Frau Hermine Altfelix
geb. Fesenbeckh
Großh. Markg. Domänenkanzlei-Direktors-Witwe.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Max Faber, Oberstl. a. D.

Beerdigung findet am Freitag Nachmittag 5 Uhr statt.

Zur Stockholzgewinnung empfiehlt
Spreng-Stoffe und -Kapseln, Zündschnüre
Gerhard Paulus, Bad Liebenzell, Fernsprecher 15.

Bestes Kraftfutter
für Groß- und Kleinvieh wie auch Geflügel garantiert reines und frisches
Oelkuchen-Mehl
aller Art zu bedeutend ermäßigten Preisen bei
Alfred Reclam, Nagold
Fernspr. 101 Hauptbahnhof.

Landwirte!
Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine spez. Krampf u. Rotlauf, z. Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte
Hirsch-Universal-Kompositon
Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.

Ein kompletter Schuppen,
7 m lang, 7 m breit (1918 erbaut) ein
Pflug
und eine
Wiesenegge
alles fast neu zu verkaufen.
Hofgut Georgenau, Gemeinde Möttlingen.

Eine Partie
Sauerwasserkrüge,
zu Gartenbeeteinfassungen geeignet, kann billig abgegeben werden. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Vereinigung der Damenschneiderinnen
Die besprochene
Versammlung
findet kommenden Sonntag, nachm. 4 Uhr in der „Linde" statt. Der Ausschuß.

Amerikanisches
Weizen-Mehl
Nr. 0 empfiehlt billigst.
Bei Mehrabnahme Preisermäßigung.
Karl Gehring,
Mehl- und Hefehandlung Lederstraße.

Kaffee
in bekannt guter Mischung,
roh und jede Woche frisch gebrannt
empfiehlt
C. Serva
Fernsprech-Nr. 120.

Zu verkaufen 3 teilige
Wollmatratze,
sowie wenig getragene
Halbschuhe Nr. 38.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Teigwaren
stets frisch in bekannt guter Qualität
empfiehlt
Hermann Schnürle
Bäckerei und Teigwarengeschäft.

Feiner schwarzer
Gehrock-Anzug
fast neu zu verkaufen.
Ferner einige schöne
Kinder-Strohhüte.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Einige Fuhren
Heu
sucht zu kaufen.
Otto Jung.

Ein gebrauchter
Leiterwagen
(Einspänner oder schwerer Kuhwagen) setzt wegen Entbehrlichkeit dem Verkauf aus
Christ. Oehlschläger, Unterreichenbach b. d. Kirche.

Einen Wagen
gutes
Acker-Heu
hat zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junge Gänse
hat fortwährend zu verkaufen
Karl Klemm, Hirsau Torhäuschen.

Viele Hausbesitzer wissen noch nicht,
daß auf Grund einer ministeriellen Verordnung vom letzten Jahre jede Wohnung, die durch Wegzug eines Reichs- oder Staatsbeamten frei wird, vier Wochen lang zu Gunsten eines anderen Beamten beschlagnahmt ist. Mit anderen Worten: Der Hausbesitzer, welcher einen Beamten aufnimmt, kann bei einem Wechsel seinen neuen Mieter nicht mehr selbst wählen, sondern muß wieder einen Beamten, der ihm auch von einer anderen, als der beschlagnahmenden Behörde aufgedrungen werden kann, in sein Haus aufnehmen. Ganz abgesehen von der Rechtsgültigkeit dieser Verordnung, die wir bezweifeln, ist sie bezeichnend für die grenzenlose Unbekümmertheit um Verfassung und Gesetze, mit der man heute einfach auf dem Verordnungswege über Besitz und Rechte des Hausbesitzerstandes hinweggeht. Drei unserer Mitglieder sind in letzter Zeit durch diese Verordnung höchst unangenehm berührt worden. Ein Fall muß besonders verbitternd wirken, weil die beschlagnahmende Behörde selbst schon länger Wohnungen größtenteils unbenützt läßt, sie jedenfalls nicht so ausnützt, als es von Hausbesitzern und Mietern heute verlangt wird. Jeder Hausbesitzer wird es sich künftig bei einem Wohnungswechsel sehr überlegen, ob er einen Reichs- oder Staatsbeamten in seine Wohnung aufnehmen wird. Auf alle Fälle wird er sich gegen die ihm bevorstehende Entrechtung sichern und, ehe er einen Mietvertrag abschließt, einen Revers der vorgesetzten Behörde des Beamten verlangen müssen, daß sie auf eine spätere Beschlagnahme verzichtet.

Haus und Grundbesitzerverein Calw e. V.

Wer über alles Wissenswerte unterrichtet sein will, bestelle noch heute für die Monate
Mai und Juni
die größte Provinzzeitung Süddeutschlands, den alt bekannten

in Oberndorf am Neckar (Württ)
Für Handel, Industrie und Landwirtschaft unentbehrlich!
Verlangen Sie kostenl. Probenummern.
Jedes Postamt, jeder Briefträger nimmt Bestellungen für die Monate Mai und Juni zum Preise von Mk. 30.- entgegen.
Beilagen: Unterhaltungsblatt, vierseitig. Praktischer Ratgeber für Land-Garten- und Hauswirtschaft.
Auf Wunsch erfolgt Nachlieferung des laufenden Romans, sowie Zusendung unserer Verkehrskarte von Süddeutschland kostenlos.
Hervorragendstes und erfolgreichstes Insertionsorgan für alle Branchen!

Eine gute
Nutz- und Schaff-Kuh
34 Wochen trächtig oder eine schöne
Kalbin,
gut angewöhnt, verkauft
Chr. Stürner, Teuchelweg

Sommenhardt.
Nächsten Samstag, mittags 1 Uhr verkauft reine
Milch-Schweine.
Ad. Luz, Schuhmacher.

Grunbach.
Habe eine erstkl. junge
Nutz- u. Fahr-Kuh
zu verkaufen.
Joh. Schöninger.

Eine 30 Wochen trächtige, sehr schöne
Kalbin
verkauft, wer sagt die Geschäftsstelle dss. Blattes.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Regiments-Zusammenkunft ehem. Olgadragoner
am 23. April in Ludwigsburg.

Fahrgelegenheiten:
Ab Calw 5^{03} vorm., Ludwigsburg an 7^{10} vorm., ab Calw 7^{13} vorm. mit Anschluß in Zuffenhausen an Sonderzug ab Stuttgart 9^{15} vorm. Ludwigsburg an 10^{10}

Ab 10 Uhr vorm. **Sammlung der Festteilnehmer** in der Stuttgarterstraße (Allee), Anfang Schorndorferstraße (Schwätzbänkle). Reihenfolge: Stab, Veteranen von 1866 und 1870/71, 1., 2., 3., 4., 5. Eskadron, Ersatzeskadron.

10^{45} vorm. **Feier für die Gefallenen an der Gedenktafel d. Regiments** vor d. Garnisonskirche.

12 Uhr mittags **Regimentsappell** im Schloßhof.

Von 3 Uhr nachm. ab **kameradschaftliches Zusammensein** im Ratskeller und im Bahnhotel.

Anlegen v. Orden u. Ehrenzeichen erwünscht.

Im Auftrag: **Karl Zügel.**

Bezirks-Bienenzüchterverein Calw.
Am nächsten Sonntag, den 23. April nachmittags von 2 Uhr ab, findet im „Badischen Hof" hier die
Frühjahrs-Versammlung
statt. Tagesordnung:
1. Jahres- und Rechenschaftsbericht.
2. **Vorträge mit Lichtbildern** der Herren Hauptlehrer Schick und Werner **über Bau und Zucht der Biene.**
3. Verschiedenes.

Den Mitgliedern ist Gelegenheit geboten, im Versammlungslokal
Bienengeräte u. Kunstwaben
zu kaufen.
Zu zahlreichem Besuch werden sämtliche Bienenzüchter des Bezirks und ganz besonders die Jungimker höflichst eingeladen.

Namens des Ausschusses:
Der Vorstand: J. Knecht.

Geschäftsempfehlung.
Einer tril. Einwohnerschaft von Liebenzell und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich das
Malergeschäft
von Herrn Carl Cramer käuflich erworben habe.
Durch langjährige Tätigkeit in nur erstklassigen Geschäften des In- und Auslandes bin ich in der Lage, sämtliche in mein Fach einschlagenden Arbeiten auf das sauberste auszuführen bei billigster Berechnung.
Geschätzten Aufträgen gerne entgegensehend zeichnet hochachtungsvollst
Bernh. Groth,
Dekorations- und Flach-Malerei
Bad Liebenzell.
Wohnung Karlstr. 103 (bei Frau Gugel).

Färberei Strubberg
Chem. Waschanstalt.
Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Guterhaltenen
Hochzeits-Anzug
samt Hut
preiswert zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junger, solider Mann
sucht auf 1. Mai
einfach möbliertes Zimmer
Karl Wiedmann Gmünd
Ang. an die Gesch. ds. Bl.

Naislach.
Mehrere Wagen
Dung
hat abzugeben.
Elias Luz.

---

2 neu hergerichtete
Leiterwagen
30 und 60 Ztr. Tragkraft, hat zu verkaufen.
Georg Ursig, Wagnermeister, Bad Teinach.